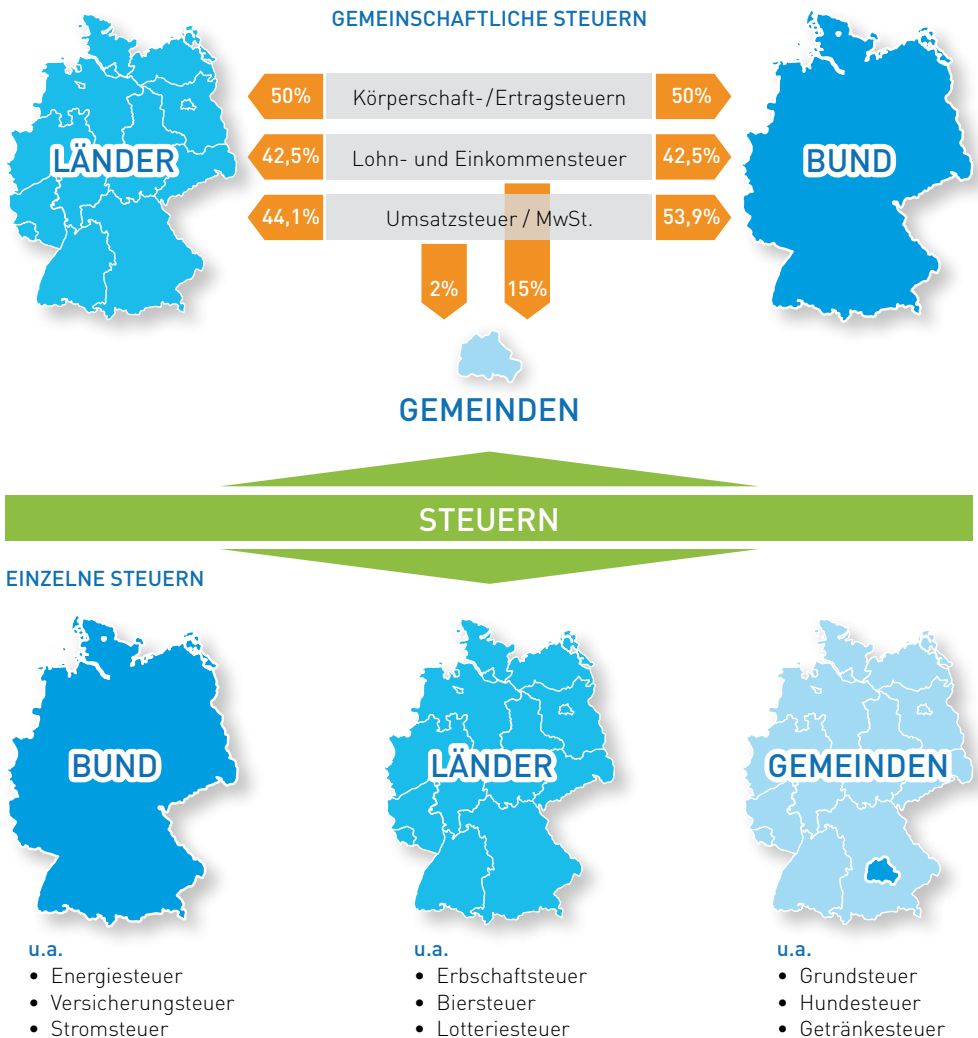


## ► Steueraufteilung

Deutschland ist ein föderal aufgebauter Staat. Dabei haben alle drei Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – einen Anspruch auf einen Teil der Steuereinnahmen. Bestimmte Steuereinnahmen müssen Bund, Länder und Gemeinden untereinander aufteilen, andere wiederum verwenden sie allein für ihre Aufgaben. Wer welche Steuern bekommt, steht im Grundgesetz (Artikel 106), dies wird als Ertragskompetenz bezeichnet.



## ► Der Weg der Lohnsteuer

---



### SCHRITT 1

Die Buchhaltung einer Firma stellt Gehaltszettel aus und rechnet Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer aus, und zwar mit einem Lohnprogramm, in dem die aktuellen Lohnsteuertabellen hinterlegt sind.

---



### SCHRITT 2

Die Angestellten erhalten ihre Gehaltszahlung in der Regel über ein Bankkonto und den Gehaltszettel persönlich oder per Post. Sie sehen auf dem Gehaltszettel, welche Summen vom Bruttogehalt abgezogen wurden.

---



### SCHRITT 3

Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer meldet der Arbeitgeber mittels Lohnsteueranmeldung an das zuständige Finanzamt und überweist die Summe an die Finanzkasse des Finanzamts.

---



### SCHRITT 4

Die Finanzkasse überwacht den Zahlungseingang per Computer und prüft, ob die Steuern termingerecht eingegangen sind.

---



### SCHRITT 5

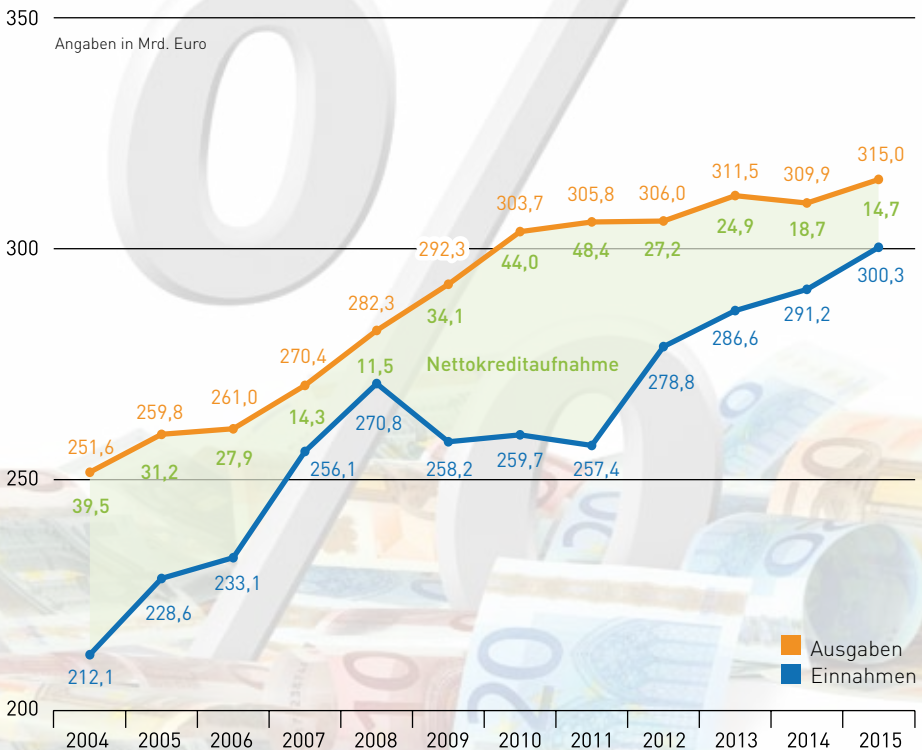
Die Finanzämter überweisen die Steuern an die Bundesfinanzkasse. Die Lohnsteuer wird aufgeteilt: 42,5 Prozent gehen an den Bund, 42,5 Prozent an die Länder und 15 Prozent an die Gemeinden. Die Beträge für Länder und Gemeinden werden innerhalb des Finanzausgleichs ermittelt. Der Bund überweist also einen Teil der Einkommensteuer zurück an Länder und Gemeinden.

---

## ► Defizite und Kredite

Im Jahr 2011 ergab sich für den Bund ein Finanzierungsdefizit von 48,4 Milliarden Euro. Wenn die Einnahmen nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken, greifen die öffentlichen Haushalte auf Rücklagenmittel zurück oder nehmen Fremdmittel als Kredite auf. Finanzierungsdefizite in öffentlichen Haushalten werden überwiegend aus Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt gedeckt. Die Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben bezeichnet man als Finanzierungssaldo. Dieser wird durch die so genannte Nettokreditaufnahme geschlossen.

### ENTWICKLUNG VON EINNAHMEN, AUSGABEN UND DER NETTOKREDITAUFNAHME

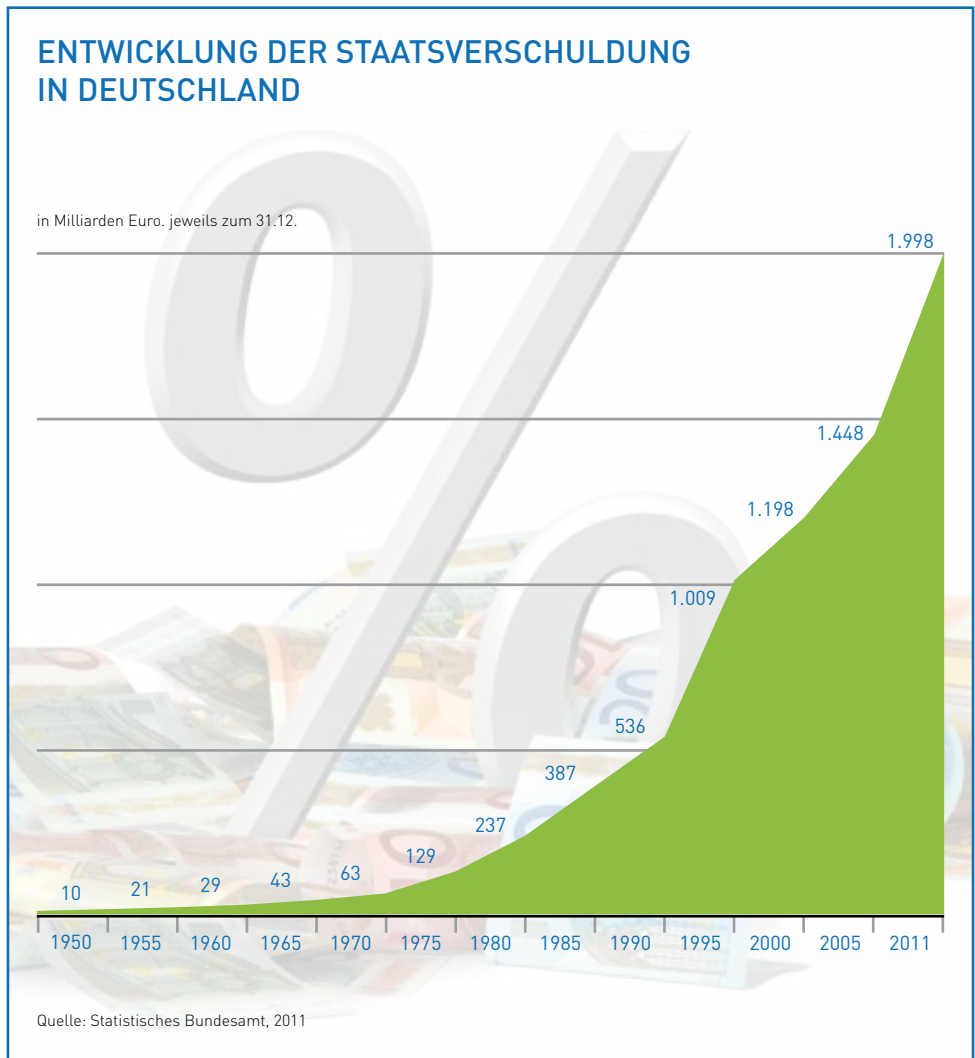


Quelle: Bundesministerium der Finanzen, 2011

Ohne Sondervermögen, mit Kreditermächtigungen  
(Ist 2004–2010, Soll 2011–2015)

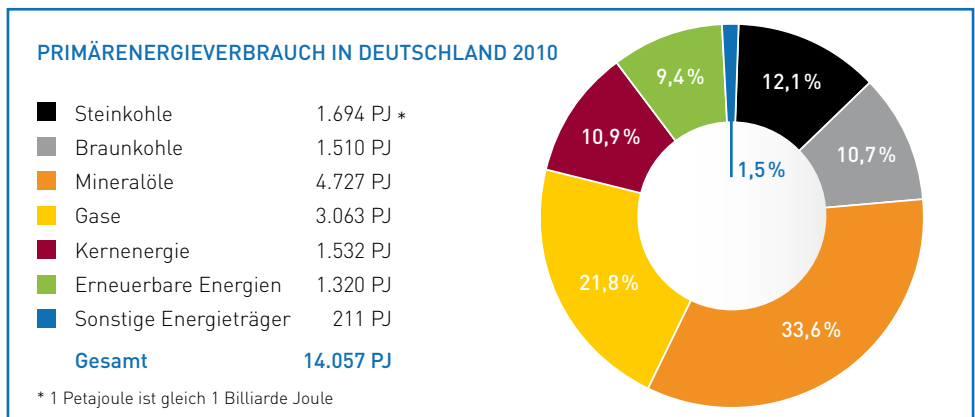
## ► Staatsverschuldung in Deutschland

Reichen die Einnahmen nicht aus, die Ausgaben zu decken, muss der Staat einen Kredit aufnehmen. Da dies in Deutschland, wie auch in den meisten anderen Industrienationen, der Regelfall ist, baut sich durch die jedes Jahr hinzukommende Neuverschuldung (Nettokreditaufnahme) seit Jahrzehnten kontinuierlich eine Gesamtverschuldung auf. Diese lag Ende 2010 bei etwa 1.999 Milliarden Euro. Für den einzelnen Bürger ergibt sich daraus eine Schuldenbelastung von 24.450 Euro pro Kopf.



## ► Energieträger und Strompreis

In den Industrieländern und damit auch in Deutschland bestimmen die Energieträger Kohle, Mineralöl, Gas und Kernenergie nach wie vor das Bild. Mineralöl, das vor allem im Verkehrsbereich und Wärme- markt genutzt wird, ist der mit Abstand wichtigste Energieträger. Doch in Zukunft wird der Anteil erneuerbarer Energien weiter steigen: Die Emissionen von Treibhausgasen sollen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zurückgeführt werden. Dies erfordert nicht nur, dass der Anteil der erneuerbaren Energien im Strommarkt steigt (bis zum Jahr 2020 auf 35 Prozent). Auch der Anteil der erneuerbaren Energien im Verkehrsbereich muss beispielsweise durch Biokraftstoffe und Elektrofahrzeuge einen Beitrag leisten. Vor allem durch verbesserte Wärme- dämmung der Gebäude soll die Nachfrage nach fossilen Energieträgern in diesem Bereich sinken.



### BESTANDTEILE DER VERBRAUCHERPREISE FÜR STROM (derzeit überschlägig bei 23 Cent/KWh)

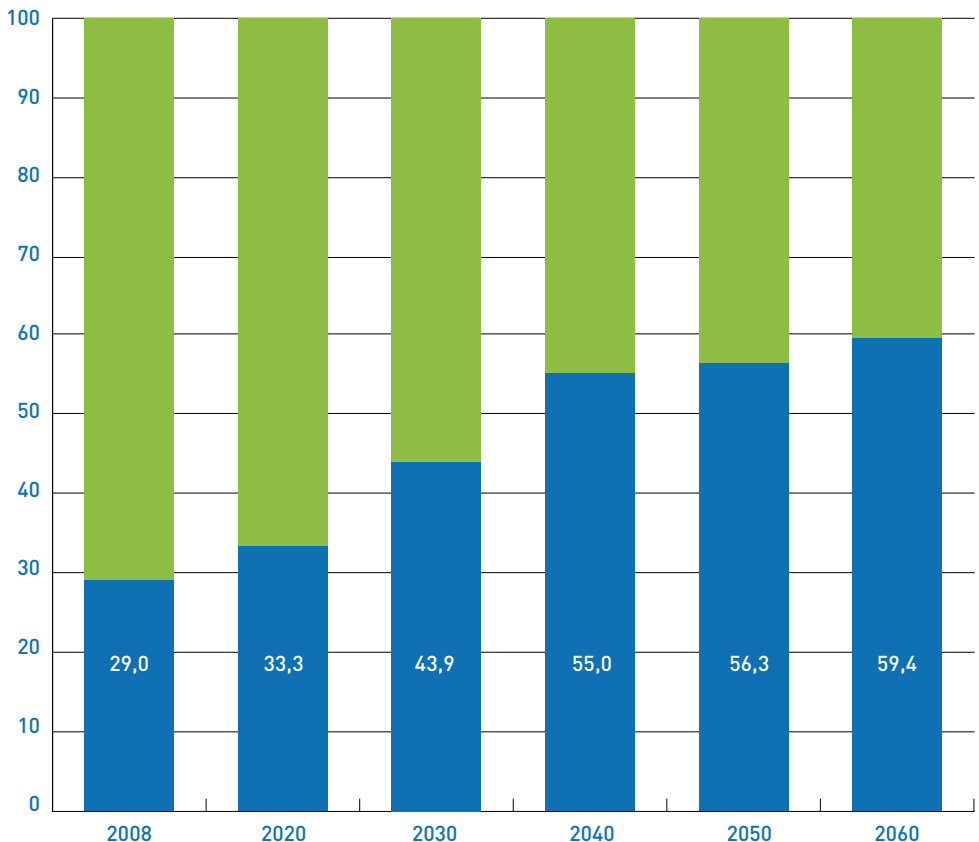
Abgabe	Cent/KWh	Bemerkungen
Konzessions- abgabe	1,32 bis 2,39	Abgabe zu Gunsten der Gemeinden regional sehr unterschiedlich: gemäß § 2 Konzessionsabgabenverordnung je nach Gemeinde- gröÙe maximal 1,32 bis 2,39 Cent/KWh; einige Gemeinden verzichten auf diese Einnahme
Kraft-Wärme- Kopplungsgesetz	0,03	Umlage zu Gunsten der Betreiber von KWK-Anlagen, wird jährlich nach § 7 KWK-Gesetz neu festgelegt
Erneuerbare- Energien-Gesetz	3,53	Umlage zu Gunsten der Betreiber von EEG-Anlagen. Die Umlage wird nach der Ausgleichsmechanismusverordnung zum EEG jährlich neu festgelegt.
Stromsteuer	2,05	Steuer fließt dem Bund zu
<b>Summe</b>	<b>6,93 - 8,00</b>	<b>Höhe der Abgaben variiert mit der Höhe der Konzessionsabgabe der Gemeinde</b>

## ► Demografischer Wandel und Rente in der Zukunft

Die Altersstruktur hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend verändert. Die durchschnittliche Lebenszeit hat sich verlängert, gleichzeitig sinkt die Zahl der Geburten. So wird es in Zukunft mehr alte und immer weniger junge Menschen geben. Der Gesetzgeber ist gefordert, die sozialen Sicherungssysteme auf eine zukunftsfähige, solide finanzielle Basis zu stellen.

### ALTENQUOTIENT 67+:

AUF EINHUNDERT 20- BIS UNTER 67-JÄHRIGE KOMMEN ... 67-JÄHRIGE UND ÄLTERE



## ► Staatsschulden in Europa

Die Schuldenstandquote ist ein Wert, um die Staatsverschuldung eines Landes zu messen und international vergleichbar zu machen. Dabei wird der Schuldenstand eines Landes oder Wirtschaftsraums in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent angegeben.

### SCHULDENSTANDQUOTEN DER EU-MITGLIEDSTAATEN (BRUTTOSCHULDEN), KONSOLIDIERT, IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS\*

\*Rechenstand: Notifikation vor dem 01. April 2011

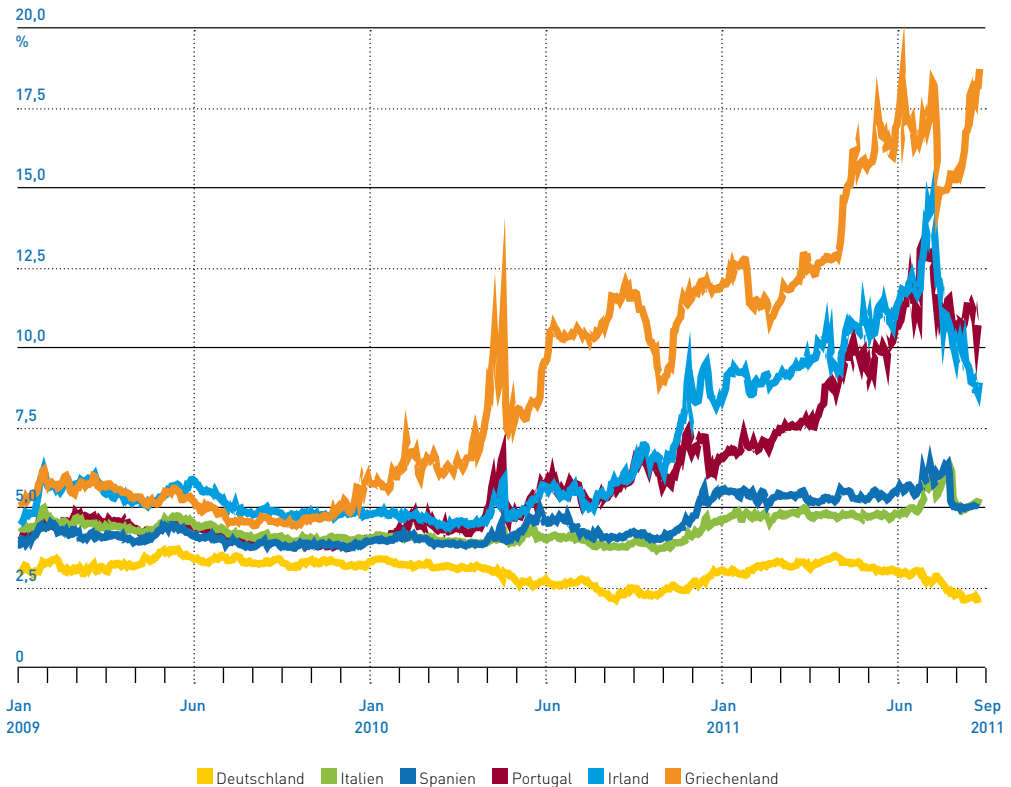
Ländergruppe/Land	2007	2009	2010
Belgien	84,2	96,2	96,8
Deutschland	64,9	73,5	83,2
Griechenland	105,4	127,1	142,8
Spanien	36,1	53,3	60,1
Frankreich	63,9	78,3	81,7
Irland	25,0	65,6	96,2
Italien	103,6	116,1	119,0
Luxemburg	6,7	14,6	18,4
Malta	62,0	67,6	68,0
Portugal	68,3	83,0	93,0
Slowenien	23,1	35,2	38,0
Slowakei	29,6	35,4	41,0
Finnland	35,2	43,8	48,4
<b>Eurozone zusammen</b>	<b>66,2</b>	<b>79,3</b>	<b>85,1</b>
Tschechien	29,0	35,3	38,5
Dänemark	27,5	41,8	43,6
Estland	3,7	7,2	6,6
Lettland	9,0	36,7	44,7
Litauen	16,9	29,5	38,2
Ungarn	66,1	78,4	80,2
Polen	45,0	50,9	55,0
Schweden	40,2	42,8	39,8
Großbritannien	44,5	69,6	80,0
Bulgarien	17,2	14,6	16,2
Rumänien	12,6	23,6	30,8
<b>EU-Mitgliedstaaten zusammen</b>	<b>59,0</b>	<b>74,4</b>	<b>80,0</b>

## ► Zinsentwicklung bei Staatsanleihen

Wenn ein Staat im Euroraum langfristig nicht nachhaltig wirtschaftet und möglicherweise zahlungsunfähig wird – beispielsweise Griechenland im Frühjahr 2011 – hat das erhebliche Folgen: Griechenlands Kreditbonität wurde von den Rating-Agenturen umgehend herabgestuft, was zu einem starken Zinsanstieg für griechische Staatspapiere führte.

Die Finanzmärkte übertragen die Sorge um Griechenland auf andere Euro-Länder, die ebenfalls hohe Staatsdefizite aufweisen: Irland, Spanien, Portugal und Italien. Weil das Risiko hoch ist, dass Anleger das in verschuldete Länder investierte Geld nicht mehr wieder bekommen, steigen die Zinsen für solche Staatsanleihen. So wächst die Gefahr, dass die betreffenden Staaten am freien Kapitalmarkt keine ausreichende Liquidität mehr erhalten.

### ZINSENTWICKLUNG BEI ZEHNJÄHRIGEN STAATSANLEIHEN



Quelle: Reuters, 2011